

Frauen, die beim Werben um CDU-Stimmen nun plötzlich bei sich selbst den Feminismus entdeckten.

Dass Integration ein Prozess wechselseitigen Kennenlernens und des Akzeptierens von demokratischen Werten ist, dass es viele kulturelle Aspekte umfasst und dass dazu insbesondere Männer- und Frauenbilder zählen: Das ist wahr und war in seiner Vielschichtigkeit »vor Köln« vielen sicherlich nicht klar genug. Aber zu Panikreaktionen im Zuge dieser Erkenntnis ist kein Grund. Wer sie schürte, betrieb bewusst oder unbewusst das Geschäft der Populisten. Vor allem seriöser Journalismus steht in solchen Situationen wahrlich vor schwierigen Abwägungen. Und je mehr er sich selbst in der Defensive sieht, desto größer ist auch hier die Versuchung der Anpassung. In dieser Hinsicht war manche Vorwahldebatte alles andere als mutmachend.

Indes: Glasklare Abgrenzung gegen die Populisten und realistisches Problembewusstsein sind kein Gegensatz, selbst wenn im öffentlichen Diskurs manchmal so getan wird. Man kann sich sehr wohl mit realen Problemen auseinandersetzen, ohne von den Talkshows bis hin zu allerlei Interviews den Populisten die Sprecherrollen fürs Problembewusstsein zuzugestehen. Das bedeutet gerade nicht opportunistische Anpassung à la CSU. Es bedeutet, mit Ernsthaftigkeit und zugleich Gelassenheit selbst die Probleme abzuarbeiten, allen voran das der Integration der vielen Flüchtlinge. In der Realpolitik wird das tatsächlich dann nur gehen, wenn mehr Finanzmittel bereit stehen, damit nicht neue soziale Spaltungen provoziert werden. Und seien es nur gefühlte.

Wer, wenn nicht die großen Parteien, soll das schaffen? Das ist der Punkt, an dem die neu gestellte Führungsfrage geradezu zwingend gegen die ständig wiederaufgewärmte Infragestellung der Volksparteienrollen spricht. Wohl wahr: Die großen Parteien werden kleiner. Aber sie bleiben immer noch groß und milieuübergreifend. Und nur sie können es schaffen, die Mehrheit der Menschen zusammenzuhalten, die in dieser weltweiten Umbruchsituation den zivilisatorischen Kurs EU-Europas stärken und nicht schwächen wollen – gegen die populistische Sehnsucht nach dem Gestern.



Richard Meng

ist Politikwissenschaftler, Autor und Beirat der NG/FH. Er war stellvertretender Chefredakteur der Frankfurter Rundschau und Sprecher des Senats von Berlin. Soeben erschien bei Schüren: *Wir schaffen es (nicht). Politik und Medien in der Selbstwertkrise.*
richard.meng@t-online.de

Dagmar Mensink

Wohin führt Papst Franziskus die Kirche?

Drei Jahre sind seit jenem Abend des 13. März 2013 vergangen, an dem Jorge Maria Bergoglio, Jesuit und Erzbischof von Buenos Aires, als Papst Franziskus auf den Balkon des Petersdoms trat und die Menge vor ihm und an den Bildschirmen mit einem schlichten »Buona sera!« begrüßte.

Er verdankt seine Wahl einem Erdbeben in der katholischen Kirche. Der Vatileaks-Skandal hatte Intrigen und Korruption in der Kurie und in der Vatikanbank enthüllt. Weltweit stand die Kirche aufgrund von Missbrauchsfällen durch Kleriker, darunter

auch hochrangige Bischöfe, unter Druck. In den westlichen Ländern ist zudem nicht mehr zu verdecken, dass die Zahl der Priester und Ordensleute und mit ihr die Bedeutung der Kirche radikal schwindet. Ebenso wenig die Tatsache, dass in Lateinamerika die katholische Kirche hart mit evangelikalen Pfingstkirchen konkurriert. Und Benedikt XVI. hatte das vorher Undenkbare getan: Er war als Papst zurückgetreten.

Franziskus hat die Herkules-Aufgabe angenommen, die katholische Kirche aus der Krise zu führen. Sein Ziel ist eine barmherzige Kirche, die eng an der Seite der Armen steht. Wenn er von Ausbeutung und Armut spricht, so bezieht er das Wissen nicht aus einem Lehrbuch, sondern aus seinen Erfahrungen in Argentinien. Auch als Papst will er ein Seelsorger bleiben, kümmert sich als Bischof von Rom um Obdachlose. Seine Leitungsgewalt will Franziskus gemeinsam mit dem Bischofskollegium ausüben, er will kein absolutistischer Herrscher sein. Entsprechend soll sich die Kurie in Rom als Dienst für die örtlichen Bischofskonferenzen begreifen. Selbstbezügliche Macht, Eitelkeit und Gier sind Franziskus zuwider, und das sagt er auch öffentlich. Unvergessen (und von manchen unverziesen) ist die Weihnachtsansprache, die er 2014 an die Mitglieder der Kurie richtete und in der er ihnen ihre »Krankheiten« vorhielt.

Der gute Hirte Franziskus gäbe Stoff für eine Heiligenlegende. Aber als männliche Mutter Teresa eignet sich Bergoglio nicht. Franziskus ist eine politische Führungspersönlichkeit. Entsprechend handelt er auch. Sofort nach Amtsantritt nahm er die Umstrukturierung der Vatikanbank in Angriff, seit Gründung der Vatikanstadt am 11. Februar 1929 ein Geflecht von religiösen, politischen und geschäftlichen Interessen. Unabhängige Berater wurden engagiert, der deutsche Bankpräsident Ernst von Freyberg sichtete die Konten mit dem Ziel »absoluter Transparenz und ›total compliance‹«. Erreicht ist dieses Ziel noch nicht.

Für die strukturelle Reform der Kurie berief Franziskus acht Kardinäle aus aller Welt, die ihn beraten und eine neue Geschäftsordnung ausarbeiten sollen. Für Europa ist der Münchner Kardinal Reinhard Marx dabei. Dieser wurde auch Vorsitzender des Wirtschaftsrates, den Franziskus im März 2014 einrichtete. Weitere Personalwechsel in Schlüsselstellungen der Kurie folgten.

Auch auf internationaler Ebene ist Franziskus ein Schwergewicht. Schon seine erste Reise nach Lampedusa war ein Weckruf, dem Sterben von Flüchtlingen im Mittelmeer ein Ende zu setzen. Der Altar für die Messe war ein umgekipptes Boot, der Kelch war aus gebrauchtem Holz und der Hirtenstab aus einem der gekenterten Todesboote geschnitzt. Im November 2014 sprach er vor dem Europaparlament und dem Europarat in Straßburg. Im September 2015 hielt er als erster Papst vor dem US-Kongress eine Rede und sprach vor der UN-Vollversammlung. Als großer diplomatischer Erfolg darf seine Vermittlung der Annäherung zwischen den USA und Kuba gelten.

Weltweit löst Franziskus mit seinen Auftritten viel Begeisterung aus. Durch sein kompromissloses Eintreten für Arme und Benachteiligte, insbesondere für Flüchtlinge und Opfer von Krieg und Gewalt, sowie durch seine scharfe Kritik an ungerechten Wirtschaftsverhältnissen überzeugt Franziskus sogar linke Atheisten.

Im Schatten der Begeisterung aber formiert sich massiver Widerstand, innerhalb der Kurie ebenso wie in konservativen Kreisen. Folgt man dem Vatikankenner Marco Politi, wird Franziskus immer einsamer und lebt – so der Titel der deutschen Ausgabe von Politis Analysen – »unter Wölfen« (*Franziskus unter Wölfen. Der Papst und seine Feinde*). Der Grund ist nicht so sehr seine Gesellschaftskritik – wenn man genau hinschaut, fiel die Kapitalismuskritik von Johannes Paul II. mindestens ebenso scharf aus. Es ist vielmehr sein theologisches Programm und seine Sicht der Kirche. Kritiker wer-

fen ihm Populismus vor, mangelnde Demut vor dem Amt. Er würde sich auf Kosten der Kirche profilieren.

Liest man seine beiden bisherigen Programmschriften, so fällt vor allem der Ton auf, in dem sie geschrieben sind. Im November 2013 überraschte die Enzyklika »Evangelii Gaudium« (»Freude am Evangelium«) mit einer fast prophetischen Sprache, mit der Franziskus die Missstände der Gegenwart benennt. »Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs (vgl. Ex 32,1-35) hat eine neue und erbarmungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel«, so der Papst. »Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte in der Börse Schlagzeilen macht.« Der steile Satz »Diese Wirtschaft tötet« ist unzählige Male zitiert worden.

Viel mehr als eine »Umweltenzyklika«

Im Juni 2015 folgte die Fortsetzung mit »Laudato Si« (»Gelobt seist Du, Herr«) in Anlehnung an den Sonnengesang des heiligen Franziskus. Diese Enzyklika, strategisch platziert mit Blick auf die Klimaverhandlungen in New York und Paris, ist viel mehr als eine »Umweltenzyklika«. Denn der Papst vertritt darin die These, dass Umweltzerstörung und menschengemachte Klimaveränderungen auf der einen und soziale Ungleichheiten, bittere Armut und Gewalt auf der anderen Seite zwei Seiten einer Medaille seien. Es gebe nicht zwei Krisen nebeneinander, sondern nur »eine einzige und komplexe sozio-ökologische Krise«. »Die Enzyklika ist revolutionär«, so der Chef-Ökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Ottmar Edenhofer, aller Information nach wissenschaftlicher Hauptberater des Textes. »Der Papst hat mit der Enzyklika den Mut, den Status der Atmosphäre als globales Gemeinschaftseigentum in das kollektive Bewusstsein der Menschheit zu heben.«

Nicht nur inhaltlich, auch methodisch lässt das Schreiben aufhorchen. Es ist weniger die Tatsache, dass der Papst ausdrücklich auch diejenigen anspricht, die den christlichen oder einen religiösen Glauben nicht teilen. An die Menschen guten Willens hatten sich auch die Vorgänger schon gewandt. Bemerkenswert ist vielmehr, dass die Stimmen lokaler Bischofskonferenzen in der Argumentation ein eigenes Gewicht erhalten und dass auch die Position des Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus von Konstantinopel ausführlich gewürdigt wird. Am wichtigsten aber dürfte sein, dass der Papst hier nicht mit moralischem Maßstab die gegenwärtigen Verhältnisse vermisst, sondern die Erkenntnisse der Wissenschaft an den Anfang stellt und die kirchliche Position damit ins Gespräch bringt. In dieser Enzyklika gibt es keinen archimedischen Punkt mehr, von dem aus die Kirche sprechen könnte.

Dieser theologische Besitzverzicht dürfte seinen Grund in der tiefen Überzeugung Bergoglios haben, dass die Wirklichkeit über der Idee steht. »Die von der Wirklichkeit losgelöste Idee ruft wirkungslose Idealismen und Nominalismen hervor, die höchstens klassifizieren oder definieren, aber kein persönliches Engagement hervorrufen«, schreibt er in »Evangelii Gaudium«. Auf das Handeln aber kommt es ihm an. Beide Lehrschreiben formulieren vor allem den Appell: Wir können und wir müssen etwas ändern. Ein marxistisch inspiriertes Manifest sind sie nicht. Für Franziskus wie seinen Vorgänger liegt der Grund der weltweiten Krisen darin, dass sich der Mensch absolut setzt und seine Hinordnung auf Gott vergisst.

Die Auffassung, dass die Wirklichkeit wichtiger sei als die Idee, das Leben wichtiger als die Lehre, ist für die Traditionalisten in der katholischen Kirche eine Kampfansage. Doch Franziskus ist es ernst damit. Die Bischofssynoden im Oktober 2014 und 2015, in

der die Bischöfe der Weltkirche über Ehe, Familie und Sexualität debattierten, waren ein globales Experiment der Interkulturalität. Vorher hatte Papst Franziskus selbst einen umfangreichen Fragebogen an die Gläubigen verschicken lassen, um ihre Sicht der Dinge zu erfahren.

Die Kluft zwischen Leben und Lehre, die die Befragung zeigt, und die Differenzen unter den Teilnehmern der Synoden sind nicht einfach in den Gegensatz »konservativ versus modern« einzuordnen. Schon im Blick auf die Herkunftsländer dürfte der Anspruch vermessen sein, eine Antwort zu finden, die für die Lebenswirklichkeiten in Afrika und Asien genauso passt wie für Lateinamerika, die USA und die verschiedenen Länder Europas. Kurz sah es so aus, als würden diejenigen die Oberhand behalten, die in der Ehe- und Sexualmoral die Handlungsspielräume erweitern wollen. In einem Zwischenbericht 2014 für die Bischöfe und die Presse war von der »positiven Realität von Zivilehen« die Rede, von Homosexuellen, die »die christliche Gemeinschaft bereichern könnten«, und von der Notwendigkeit mutiger Entscheidungen im Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen. Im Abschlussdokument findet sich davon nichts mehr. Nun liegt die Entscheidung bei Franziskus. Kollegialität hin oder her, er ist der Papst und an kein Votum gebunden.

Kardinal Gerhard Ludwig Müller, Präfekt der Glaubenskongregation, ist der größte Widerpart gegen etwaige Liberalisierungen. Er warnt davor, die Lehre auch nur ansatzweise an säkulare Vorstellungen anzupassen. »Wenn man diese sogenannte Lebenswirklichkeit jetzt auf dieselbe Stufe stellen *Die Barmherzigkeit Gottes* will wie Schrift und Tradition, dann ist das nichts anderes als die Einführung des Subjektivismus und der Beliebigkeit (...). Unser Glaube ist kein Kompromiss aus akzeptablen christlichen Ideen und abstrakten Prinzipien und einer heidnischen Lebenspraxis.« Man werde so auch nicht mehr gesellschaftliche Akzeptanz ernten, sondern nur mehr Irrelevanz.

Müllers Äußerung zeigt, worum es eigentlich geht. In der Debatte um Sexualität, Ehe und Familie lotet die katholische Kirche gerade ihre nicht zu Ende gedachten Antworten auf die moderne Gesellschaft neu aus, allem voran zu Freiheit und Individualität.

Für Franziskus bildet die Vorstellung von der Barmherzigkeit Gottes das Scharnier zwischen Lehre und Leben. Barmherzigkeit ist überhaupt das Schlüsselwort für sein Pontifikat. Der Papst rief sogar am 8. Dezember 2015, dem 50. Jahrestag des Abschlusses des Zweiten Vatikanischen Konzils, ein Jahr der Barmherzigkeit aus. Das Konzil hatte dem »Sensus fidelium«, dem Glaubenssinn der Gläubigen, eine eigene Bedeutung zugemessen und festgelegt, dass jeder Einzelne Anteil hat am Verständnis des Glaubens. Franziskus setzt auf dieses Gespür des »gläubigen Volkes« (*pueblo fiel*).

Und er macht das Gewissensurteil stark. So antwortete er einer Protestantin auf die Frage nach einer möglichen Abendmahlsgemeinschaft mit ihrem katholischen Mann: »Ich werde nie wagen, Erlaubnis zu geben, dies zu tun, denn es ist nicht meine Kompetenz.« Um dann mit Paulus auf die eine Taufe und den gemeinsamen Glauben an den einen Gott zu verweisen und hinzuzufügen: »Sprecht mit dem Herrn und geht voran.«

Man kann sich streiten, ob das eine hinreichende Antwort ist und ob Barmherzigkeit die Antwort auf die Forderung nach einer gerechteren Kirche ist. Unbestreitbar aber hat Franziskus einen Weg der Öffnung des Lehramts für ganz unterschiedliche Lebensverhältnisse begonnen, auf dem sich niemand einfach mehr am Geländer des Dogmas und des Katechismus festhalten kann. Das ruft diejenigen auf den Plan, die in

der Botschaft von der Barmherzigkeit nur billige Gnade und in der Berufung auf das Gewissen nur die Lizenz zur Sünde sehen. Doch was wäre die Alternative? Das Zudecken der Kluft zwischen Lehre und Leben hat doch gerade zu der Glaubwürdigkeitskrise geführt, aus der Franziskus herausführen soll.

Ein echter Ausweg dürfte nur gefunden werden, wenn zwischen beiden eine neue Synthese entsteht. Eine Lehre muss sich vor der Gefahr hüten, nur noch für einen inneren Kreis Bedeutung zu haben oder im Dogma fundamentalistisch zu erstarren. Umgekehrt bleibt jedes christliche Handeln der Maßgabe des Evangeliums und der Tradition verpflichtet. Die Erneuerung wird auch Ämter und Macht neu denken müssen – und ebenso die Rolle von Frauen in der katholischen Kirche.

Man darf gespannt sein, wie es weiter geht, zumal Papst Franziskus auch den Weg der »großen Ökumene« sucht, sprich den Dialog mit den orthodoxen Kirchen. Mit dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus verbindet ihn eine lange Freundschaft. Im Februar 2016 kam es in Kuba zu einer ersten Begegnung mit dem russischen Patriarchen Kyrill, trotz der umstrittenen Rolle der russischen Orthodoxie bei der Legitimierung von Putins Politik.

Franziskus weiß selbst, dass sein Pontifikat nur einen Anfang setzen kann und dass dieser fragil ist. Marco Politi zitiert ihn mit den Worten: »Die einzige Sache, um die ich den Herrn bitte, ist, dass dieser Wandel, den ich mit meinem großen Opfer für die Kirche fortführe, Bestand habe. Dass er nicht wie ein Licht sei, das von einem auf den anderen Moment erlischt.«

Politik kann den Kurs der Öffnung für die Errungenschaften und Widersprüche der modernen Gesellschaften nur immer wieder mit dem Argument unterstützen, dass die Welt eine starke christliche Stimme für Humanität und Gerechtigkeit braucht und keine Kirche, die sich in Richtungskämpfen blockiert. Da ist es gut, dass Papst Franziskus 2016 den europäischen Karlspreis erhält.



Dagmar Mensink

ist katholische Theologin in Frankfurt/Main.

dmensink@t-online.de

Paul Petrowski

Was wirklich zählt

Für die neuen Aufgaben der Bundeswehr fehlt eine angemessene Doktrin

Kampftruppen nach Mali – so lautete verkürzt die Forderung des Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes, André Wüstner, nach den Terroranschlägen von Paris und Bamako. Die beiden von UN und EU mandatierten Stabilisierungs- und Ausbildungsmissionen müssten durch eine direkte Unterstützung der französischen Kampfeinheiten erweitert werden, um den wichtigsten europäischen Partner zu entlasten – trotz aller Bekundungen aus Politik und Gesellschaft, man lasse sich durch Terrorakte nicht